



AS (16) RP 2 G
Original: English

BERICHT

FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN, WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND UMWELT

25 Jahre parlamentarische Zusammenarbeit: Vertrauensbildung durch Dialog

**BERICHTERSTATTERIN
Fr. Marietta Tidei
Italien**

Tiflis, 1. – 5. Juli 2016

**BERICHT FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN, WISSENSCHAFT,
TECHNOLOGIE UND UMWELT**

Berichterstatterin: Fr. Marietta Tidei (Italien)

Einleitung

Die Verknüpfung von Umwelt, Wirtschaft und Sicherheit ist noch nie deutlicher zu spüren gewesen als heute. Seit Jahren lässt sich beobachten, wie die sich gegenseitig beeinflussenden Folgen von Korruption, Energieversorgung, Klimawandel, Ernährungssicherheit und Migration viele Regionen im OSZE-Raum destabilisieren.

So lassen sich die Wurzeln der aktuellen Krise in Syrien, die deutliche Spuren in Europa und dem weitergehenden OSZE-Raum hinterlässt, bis zu mehreren miteinander verbundenen sozioökonomischen, politischen und ökologischen Faktoren zurückverfolgen, darunter zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit, politische Unfreiheit, Korruption, die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land, Ressourcenverschwendung und die Folgen des Wassermangels für die Nutzpflanzenproduktion.

Eingedenk des umfassenden Sicherheitsansatzes, auf den sich die OSZE-Teilnehmerstaaten in der Schlussakte von Helsinki 1975 verständigten, haben wir als Parlamentarier der OSZE die Pflicht, uns über legalistische Streitigkeiten hinwegzusetzen und die grundlegenden Ursachen so vieler gemeinsamer Sicherheitsbedrohungen anzugehen, die klarer denn je eine tief in der Wirtschafts- und Umweltdimension verwurzelte Komponente haben. „Sicherheit hat einen Umweltaspekt“, wie die Parlamentarische Versammlung knapp in ihrer ersten, auf der Jahrestagung 1992 in Budapest verabschiedeten Erklärung anmerkte.

Klimawandel

Für die Parlamentarische Versammlung der OSZE ist das Jahr 2016 ein besonderes Jahr, denn es jährt sich zum 25. Mal ihre Gründung, besiegelt mit der Annahme der Schlussresolution der Konferenz in Madrid durch die parlamentarischen Delegationen. Doch dieses Jahr markiert auch einen anderen, für die internationale Gemeinschaft wichtigen 25. Jahrestag. Im Jahr 1991 kam der Zwischenstaatliche Verhandlungsausschuss (Intergovernmental Negotiating Committee – INC) zu seiner ersten Sitzung zusammen, um einem Phänomen die Stirn zu bieten, das schon damals als Gefahr für die Menschheit galt: dem Klimawandel. Im Jahr darauf verabschiedete der INC das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), das auf dem Weltgipfel 1992 in Rio zur Unterzeichnung freigegeben wurde.

Im Dezember 2015, mehr als 20 Jahre später, endete die Klimakonferenz (COP 21) in Paris mit der konsensualen Verabschiedung des Abkommens von Paris durch die 195 in der Vollversammlung vertretenen Länder. Dieses historische Abkommen – von universellem Charakter und als in jeder Hinsicht verbindlich zu betrachten – wird 2020 in Kraft treten. Es enthält einen neuen globalen Aktionsplan, der weltweit die Weichen für Maßnahmen gegen die schlimmsten Folgen des menschengemachten Klimawandels stellt, und legt drei Hauptziele fest:

- 1) den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf „deutlich weniger“ als 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzen und mehr unternehmen, um den Anstieg auf 1,5 °C zu begrenzen,
- 2) die Fähigkeit steigern, sich weltweit an die Folgen des Klimawandels anzupassen, und
- 3) finanzielle Mittel zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen bereitstellen.

Wie wichtig das Abkommen von Paris auch sein mag: Wir dürfen nicht vergessen, dass es nur die Auswirkungen des Klimawandels eindämmen, nicht ihn stoppen soll. Und dann sollten wir über die Auswirkungen des Klimawandels nachdenken, die jetzt schon weltweit zu spüren sind und voraussichtlich zunehmen, selbst wenn die Zielvorgaben von Paris eingehalten werden. Laut einem UN-Bericht, der am Vorabend von COP 21 erschien, nimmt die Häufigkeit von Unwetterkatastrophen zu, und „Prognosen, dass die Zahl der Extremwetter steigen wird, bedeuten ziemlich sicher eine Zunahme von Unwetterkatastrophen in den nächsten Jahrzehnten“.

Diesem Thema widmet das OSZE-Sekretariat wachsende Aufmerksamkeit, vor allem mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit und den möglichen Einfluss von Umweltzerstörungen auf Migrationsdruck. Mit ihrem umfassenden Sicherheitsansatz könnte die OSZE helfen, die potenziellen Umweltherausforderungen und Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität einzuschätzen, die der Klimawandel verstärken könnte. Doch dafür, wie auch für die Stärkung ihrer Frühwarnkapazitäten, braucht die Organisation ein klares Mandat aller Teilnehmerstaaten. Das würde es erlauben, durch die Koordination mit anderen internationalen Organisationen und die Belebung eines politischen Dialogs, der die Verwirklichung der CO₂-Reduktionsziele gemäß dem Abkommen von Paris fördert, die möglichen sicherheitsrelevanten Klimawandelfolgen einzudämmen.

Migration

Migration ist ein sensibles Thema, mit dem wir uns auf mehreren Ebenen auseinandersetzen müssen. Zunächst müssen wir einräumen, dass die politische Debatte über Migration auf beunruhigende Weise durch Hetzpropaganda verzerrt wird, die die negativen Instinkte Angst und Misstrauen schürt. Hysterie behindert eine freie, offene Migrationsdebatte, die auf der ökonomischen Tatsache beruht, dass wir in einer globalisierten Welt, in der alles in Bewegung ist – Güter, Finanzvermögen, Produktionsketten – das ökonomische Potenzial von Arbeitskräftemobilität erschließen, wenn wir die Mobilität von Fähigkeiten und Fertigkeiten erhöhen. Angesichts des aktuellen demographischen Wandels, bei dem voraussichtlich 2050 erstmals in der Geschichte der Menschheit weltweit die 60 Jahre und ältere Bevölkerung zahlenmäßig die junge überholen wird, ist eine größere Mobilität der Arbeitskräfte Teil der Lösung von Problemen wie Fachkräftemangel und Innovationsschwäche. Daher müssen auf der untersten Handlungsebene Regierungen mobilisiert werden, realisierbare, barrierefreie und zweckmäßige Strategien für Arbeitsmigration zu fördern und auszuweiten.

Mithilfe einer öffentlichen Debatte müssen wir ein Bewusstsein dafür wecken, dass Migration fester Bestandteil unseres globalen Wirtschaftsumfelds ist und substanzial zu Wirtschaftswachstum und sozialer Entwicklung beiträgt. Es ist wichtig, dass wir zusammenkommen, um über gemeinsame Fragen der Migrationssteuerung zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln, die für alle Beteiligten nutzbringend, ausgewogen und nachhaltig sind. Der polnische Soziologe Zygmunt Bauman urteilt: „Die Größe der Probleme, die die Globalisierung verursacht, muss mit verfügbaren Instrumenten und wirksamen kollektiven Maßnahmen übereinstimmen“.

Dafür brauchen wir politischen Willen und einen offenen Dialog. Dazu gehören verstärkte Bemühungen, um: die Politikkohärenz von Migrationssteuerung, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsförderung und Umweltschutz zu verbessern; legale Migration, auch die hoch oder gering qualifizierter Menschen, mit lang- und kurzfristigen Modellen zu fördern und gleichzeitig illegale Migration zu bekämpfen; Angebot und Nachfrage der Arbeitsmärkte zu verstehen; Voraussetzungen für eine verbesserte wirtschaftliche Förderung und Kooperation zu schaffen; die Integration von Migranten in Aufnahmegesellschaften und ihre Wiedereingliederung nach der Rückführung in ihre Herkunftsländer zu fördern.

Humanitäre Maßnahmen sind kurzfristig wichtig. Aber sie müssen mit einer langfristigen Strategie zur Migrationssteuerung abgerundet werden. Die Plenartagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf hoher Ebene zum Thema große Flüchtlings- und Migrantenströme, die für den 19. September 2016 geplant ist, stellt den Höhepunkt der aktuellen Debatte über Migration auf internationaler Ebene dar. Wir möchten uns an dieser Debatte beteiligen.

Verhütung von Korruption

Korruption wirkt sich überaus negativ auf die Gesellschaft als Ganze aus. Ein wachsendes wirtschaftliches Ungleichgewicht, fehlende Rechtsstaatlichkeit, schlechte Regierungsführung und Korruption zählen zu den ursächlichen Faktoren globaler Bedrohungen, darunter Terrorismus, gewalttätiger Extremismus und transnationale organisierte Kriminalität, sowie illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten. Korruption beschädigt das Vertrauen in das politische System. Die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit zutiefst korrupten Institutionen kann zu Gewaltausbrüchen führen, die die politische Stabilität erschüttern und die wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit schwächen. Die Förderung von Good Governance und Transparenz ist unabdingbar, wenn Korruption verhütet werden soll.

Wirksame Korruptionsbekämpfung erfordert gemeinsame Bemühungen und starke Bündnisse zwischen Regierungen, Wirtschaftskreisen, Zivilgesellschaft und akademischer Welt, die das Vertrauen der Bürger befördern und einen gesellschaftlichen Konsens in Bezug auf Nulltoleranz gegenüber Korruption herstellen. Am wichtigsten ist es jedoch, die komplette Matrix des Sozialverhaltens so umzugestalten, dass Korruption nicht nur illegal, sondern ethisch inakzeptabel wird.

In dieser Hinsicht spielen wir Parlamentarier eine entscheidende Rolle. Wir können und müssen zivilgesellschaftliche Akteure und unsere Regierungen unterstützen und durch unsere eigenen Verhaltensweisen und Handlungen, im privaten wie im öffentlichen Leben, Korruption eindämmen. Eine effizientere öffentliche Verwaltung, vor allem im Verein mit mehr Transparenz in öffentlichen Belangen und höheren Standards für integres Verhalten öffentlich Bediensteter, ist von großer Bedeutung für die Reduktion von Korruptionsrisiken. Viele OSZE-Teilnehmerstaaten haben Systeme zur Offenlegung von Einkommens- und Vermögensverhältnissen für Amtsträger eingeführt. Doch wir müssen mehr tun zur Förderung von Maßnahmen, die Interessenkonflikte durch die Stärkung von für Amtsträger geltenden Systemen zur Vermögenserklärung effektiv handhaben.

Wasserversorgungs- und Ernährungssicherheit

Für das Thema Ernährungssicherheit war 2015 ein wichtiges Jahr. Die Expo in Mailand, mit mehr als 20 Millionen Besuchern ein gewaltiger Erfolg, hatte das Motto: „Den Planeten ernähren – Energie für das Leben“. Parallel zur Expo wurde die „Charta von Mailand“ ins Leben gerufen, die auf breite Unterstützung stieß.

Dieses Instrument behandelt drei Arten paradoxer Situationen:

- 1) Kampf gegen Nahrungsmittelverschwendung (rund ein Drittel der weltweit produzierten Nahrungsmittel wird verschwendet);
- 2) Senkung des Kulturpflanzenanteils am Viehfutter. Das betrifft die Böden, auf denen Viehfutter angebaut wird, und besonders den Wasserverbrauch. Bis zu einer Milliarde der weltweit sieben Milliarden Menschen haben immer noch keinen Zugang zu Trinkwasser, weshalb täglich 4.000 Kinder sterben;
- 3) das dritte Entwicklungsparadox ist das gleichzeitige Auftreten von Hungertod und Fressgelagen. Jedes Jahr sterben 36 Millionen Menschen, weil sie verhungert sind, während 3,4 Millionen an Fettleibigkeit sterben (doppelt so viele wie 1980), ganz zu schweigen von Krankheiten im Zusammenhang mit Diabetes, Herzerkrankung, Tumoren infolge von übermäßigem Essen und unausgewogener Ernährung.

Neben der Ernährungssicherheit ist auch die Wasserversorgungssicherheit immer mehr ein Thema im OSZE-Raum, wobei bestimmte Regionen besonders anfällig für Wasserkrisen sind. Bedauerlicherweise ist Mittelasien in den letzten Jahren von gleich zwei Umweltkatastrophen heimgesucht worden: der Verschmutzung des Kaspischen Meeres und der – mittlerweile unumkehrbaren – Austrocknung des Aralsees. Ehemals fruchtbare, ökologisch unbelastete Gebiete haben sich in unproduktive, vergiftete Flächen verwandelt. Was den Schutz von Wasserressourcen angeht, brauchen wir effektive internationale Regelwerke, zu denen sich die Länder mit bedeutenden strategischen Wasserressourcen und dem jeweils größten Wassereinzugsgebiet bekennen sollten. Darin sollte auch festgelegt sein, wie Finanzmittel für wirksame Strategien zur Wiedernutzbarmachung und Sanierung von Einzugsgebieten gerecht bemessen, verteilt und genutzt werden können.

Energie

Die Notwendigkeit, Kohlenwasserstoffe als weltweiten Primärenergieträger abzulösen, muss auf die umweltstrategische Agenda unseres Planeten kommen, und zwar als Prozess, der organisiert und gesteuert werden muss und nicht dem Zufall überlassen werden darf. Dieser Ansatz sollte drei Tätigkeitsfelder einschließen: technologische, wirtschaftliche und geopolitische. Die OSZE könnte an der Einführung von Bedingungen einer Aufteilung und Zusammenarbeit im Energiesektor mitwirken, um den technischen Fortschritt zu fördern und zu lenken. Dabei dürfen geistige Eigentumsrechte die Weitergabe technologischer Innovationen nicht behindern; vielmehr sollten sie der Welt zugänglich gemacht werden, um Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität zu steigern.

Wichtig ist auch, dafür zu sorgen, dass der Energiemarkt nicht durch Finanzschocks gestört wird, was mittel- und langfristig schwer aufrechtzuerhalten sein wird. In den kommenden Jahren werden wir uns mit einem stagnierenden globalen Bedarf an Kohlenwasserstoffen arrangieren müssen, was bei kluger Steuerung nicht zwangsläufig zu Haushaltsdefiziten in den Förderländern führt. Wird die Entwicklung allerdings nicht angemessen gesteuert, wird

sie wahrscheinlich nicht nur zu wirtschaftlicher, sondern in verschiedenen Weltregionen auch zu geopolitischer Instabilität führen.

Im Übrigen muss eine neue nachhaltige Energieversorgung gefördert werden, um die Auswirkungen und Risiken für die Atmosphäre zu reduzieren. Dieses Jahr jährt sich zum 30. Mal die Katastrophe von Tschernobyl, der schwerste Atomunfall unserer Geschichte, der für viele Jahre das Leben und die Wirtschaft weiter Gebiete im heutigen Belarus und in der Ukraine zerstört hat. Diese Tragödie darf nicht in Vergessenheit geraten und muss eine Warnung vor dem realen Risiko beliebiger möglicher Umweltkatastrophen bleiben. Eine ausreichende Energieversorgung ohne ernsthaftes Risikomanagement und Umweltschutz wird es nicht geben.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vor eben diesem Hintergrund muss der Westen das schwierige Verhältnis zur Russischen Föderation beurteilen und sicherstellen, dass der Dialog fortgeführt wird, damit Lösungen gefunden werden, die die Rechte aller Staaten wahren, einschließlich die der Ukraine. Wir müssen aber auch anerkennen, dass die Sanktionen gegen Russland, was auch immer die politische Rationale dahinter sein mag, Auswirkungen auf die Wirtschaft vieler Länder haben und unter Umständen im Widerspruch zum Geist von Helsinki stehen.

Die Finanzkrise von 2008 machte deutlich, dass Wirtschaftsbeziehungen das globale geopolitische Gleichgewicht beeinflussen. Deshalb müssen übertriebene Sparmaßnahmen überdacht werden, denn sie können die aktuellen wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Sie dämpfen, wie sich gezeigt hat, wirtschaftliche Aktivitäten ausgerechnet dann, wenn die Wirtschaft neuen Schwung braucht.

Schlussfolgerung

In der Schlussakte von Helsinki 1975 bekräftigten die Teilnehmerstaaten, „daß ihre Bemühungen zur Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen des Handels, der Industrie, der Wissenschaft und Technik, der Umwelt sowie auf anderen Gebieten der Wirtschaft zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt beitragen“. Mehr als vierzig Jahre später, inmitten von Krisen und Herausforderungen an mehreren Fronten, werden wir daran erinnert, wie vorausschauend diese Worte waren.

Lassen Sie uns – in dem Jahr, in dem sich die Gründung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zum 25. Mal jährt, – unsere Anstrengungen verdoppeln, um zu gewährleisten, dass der umfassende Sicherheitsansatz der OSZE ein klares Bekenntnis zur Wirtschafts- und Umweltdimension enthält, die, wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, integraler Bestandteil der allgemeinen Sicherheitslage im OSZE-Raum und in der ganzen Welt ist.